



Holzhauser, Thorsten (2019): Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005

Koß, Michael

Published in:
Politische Vierteljahresschrift

DOI:
[10.1007/s11615-020-00238-2](https://doi.org/10.1007/s11615-020-00238-2)

Publication date:
2020

Document Version
Verlags-PDF (auch: Version of Record)

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):
Koß, M. (2020). Holzhauser, Thorsten (2019): Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005. *Politische Vierteljahresschrift*, 61(2), 393-395.
<https://doi.org/10.1007/s11615-020-00238-2>

General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal ?

Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.



**Holzhauser, Thorsten (2019): Die „Nachfolgepartei“.
Die Integration der PDS in das politische System der
Bundesrepublik Deutschland 1990–2005**

Berlin/Boston: Walter de Gruyter. 482 Seiten. 69,95 €

Michael Koß

Online publiziert: 14. April 2020
© Der/die Autor(en) 2020, korrigierte Publikation 2021

Nimmt man als Politikwissenschaftler *Thorsten Holzhausers* historische Dissertation über die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im bundesdeutschen Parteiensystem zur Hand, so gerät man schon vor dem Blick auf den Inhalt ins Schwärmen. Dieses Buch ist wie all seine Pendants in der Reihe des Instituts für Zeitgeschichte so opulent ausgestattet, wovon Leser der hektografierten Zirkulare, in denen sozialwissenschaftliche Forschung in der Regel dargeboten wird, nur träumen können. Allerdings drängt sich bisweilen auch die Vermutung auf, dass die seriöse Aufmachung ihrer Publikationen die Historikerzunft dazu verleitet, vor lauter nuanciert-gediegenem Abwägen auf immens breiter Quellenbasis die Kernthesen ihrer Forschung nachgerade nebenher darzubieten. Das ist auch in dieser klassischen Politikgeschichte der Fall, deren Fokus auf den politischen Eliten und der Programmatik der PDS liegt. Wer sich jedoch die Mühe macht, allen argumentativen Verästelungen zu folgen, wird reichhaltig belohnt, denn *Holzhausers* Monografie hat durchaus das Zeug, für eine ganze Weile das letzte Wort über die PDS darzustellen.

Die Kernthese des Buchs erweckt zunächst den Anschein eines elaborierten Sowohl-als-auch: Angelehnt an Philipp Ther postuliert *Holzhauser* eine Ko-Transformation, in deren Folge sich nicht nur die PDS durch Adaption im deutschen politischen System integriert habe, sondern im Gegenzug auch die politische Kultur Deutschlands im Hinblick auf Akzeptanz der „Nachfolgepartei“ und ihrer (post-)sozialistischen Positionen einen Wandel durchlaufen habe. Die alte politikwissenschaftliche Frage nach der Einordnung der PDS lässt *Holzhauser* vordergründig kalt. Zwar referiert er alle gängigen Thesen von der ostdeutschen Regional- bis zur extremistischen Partei, legt sich im Hinblick auf deren Stichhaltigkeit allerdings nicht fest. Interessanter ist für ihn, und der Rezensent teilt diese Einschätzung,

M. Koß (✉)

Zentrum für Demokratieforschung, Leuphana Universität Lüneburg, Berlin, Deutschland
E-Mail: mkoss@leuphana.de

dass die Integration der PDS im Kern um die Frage nach der Demokratie(theorie) kreiste. War die PDS bereit, sich rigoros von ihrer Vergangenheit als Einheitspartei zu verabschieden und Pluralismus und Parlamentarismus anzuerkennen? Solange der bundesrepublikanische Konsens strikt antitotalitär war, hatte die PDS wenig Chancen. *Holzhausers* Monografie verdeutlicht in vier Großkapiteln, wie die PDS zunächst in die Bundesrepublik und insbesondere den Bundestag hineinsozialisiert und schließlich von dieser (und namentlich der westdeutschen WASG) absorbiert wurde.

Holzhauser kommt dabei immer wieder zu interessanten Befunden: So war die vergleichsweise bessere Integration der PDS in den ostdeutschen Landtagen bekannt, nicht aber, dass der Parteivorsitzende Gregor Gysi schon 1992 freundliche Briefe von Bundestagsabgeordneten der SPD und sogar der Union erhielt (S. 113). Ab 1994 nahm die Integration der PDS dann Fahrt auf, und das gilt auch für *Holzhausers* Analyse. Die immer wieder (neu-)formulierten Bedingungen der anderen Parteien (und namentlich der SPD) an eine Zusammenarbeit mit der PDS verdeutlichen eindrucksvoll die Rolle der Demokratiefrage. Bemerkenswerterweise sprach sich ausweislich der Akten des SPD-Präsidiums intern nicht nur Oskar Lafontaine, sondern auch Gerhard Schröder schon 1994 für eine „Integration der PDS“ (S. 135) aus. Öffentlich schlug der spätere Kanzler stets andere Töne an.

Auch gelingt es *Holzhauser* schließlich, die extremismustheoretische Diskussion um die PDS zu erhellen, indem er zeigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinen Berichten Aussagen führender Protagonisten der PDS bewusst zuspitzte, um den Eindruck zu erwecken, auch der vermeintlich pragmatische Flügel fröne extremistischen Vorlieben (S. 197). Allerdings sorgte die demokratietheoretische Aufladung der Debatte über die PDS dessen ungeachtet für eine Schwächung des Mitte-Links-Lagers, das im Gegensatz zu Union und FDP in der Frage einer Koalitionsbildung mit der PDS gespalten war. Nur in der kurzen Phase von 2000 bis 2002 konnte die PDS als in der Bundesrepublik angekommen gelten. Der antitotalitäre Konsens der alten Bundesrepublik wurde selbst von der CDU weniger rigoros ausgelegt. Der PDS waren Westbindung und soziale Marktwirtschaft zur „Richtschnur“ (S. 367) geworden und sie hatte den Zenit ihrer Macht bzw. Akzeptanz erreicht. Nur die CSU ließ sich von den neuen Tatsachen nicht beirren und löckte weiter wider den Stachel des Kommunismus.

Holzhauser zufolge trug die neue Akzeptanz der PDS bereits den Kern von deren späterem Scheitern in sich. Die PDS habe als Protestpartei nicht mehr punkten können und verpasste deshalb den Einzug in den Bundestag. Aber stimmt dies wirklich? Bis heute erzielt die Partei ihre größten Wahlerfolge dort, wo sie plausibel eine Regierungsbeteiligung anstrebt. Dass sie dann in der Regierung meist Federn lässt, hat sie mit den meisten kleineren Koalitionspartnern gemeinsam. Die selbstkritischen Töne der PDS-Reformer, die *Holzhauser* für seine Interpretation anführt, stammen mehrheitlich erst aus der Zeit nach der sozialpolitischen Neuausrichtung der SPD, als die Möglichkeit zum Protest im Wortsinn auf der Straße lag. Im Kern war die alte PDS keine Protest-, sondern eine ostdeutsche Regionalpartei. Dies bestätigt auch *Holzhausers* Analyse der Gründung der Linkspartei: „Die ‚SED-Nachfolgepartei‘ zu wählen, blieb für Alt-Bundesbürger undenkbar. Als ostdeutsche Regionalpar-

tei allerdings wurde die PDS als natürlicher Bündnispartner für eine neue, linke (Protest-)Partei angesehen“ (S. 383).

In der Linkspartei trat als zentrale Mission der populistische Kampf gegen den Neoliberalismus an die Stelle der Integration in die bundesrepublikanische Demokratie. Selbst dem Bundesverfassungsschutz galt die neue Partei nicht (mehr) als extremistisch (S. 393). Damit steht die Frage im Raum, wer nun der tiefgreifenden Polarisierung und Fragmentierung des deutschen Parteiensystems nach 2005 den Boden bereitet hat: Die SPD mit ihrer Aufkündigung des Sozialmodells der alten BRD? Die Union mit ihrem traditionell größeren Furor gegen linken Extremismus? Oder doch die Linkspartei, die auch auf dem Ressentiment gegen Arbeitsmigration gegründet war (S. 396)? Dies ist nicht mehr *Holzhausers* Frage, aber sein Buch führt gekonnt auf sie hin und zeigt so, dass Verweise auf Eurorettung und „Migrationskrise“ zu kurz greifen, wenn man den deutschen Weg in den polarisierten Pluralismus nachzeichnen will. Das ist kein geringes Verdienst.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.